

MESCHEDA

WP.DE/MESCHEDA

Guten Morgen

Hallo
Alexa!



Ute Tolksdorf

An alle Alexas, entschuldigt, wahrscheinlich könnt ihr den Witz schon nicht mehr hören. Wir sprachen jedenfalls in der Redaktionskonferenz über Alexa Hertel, die erste Prinzessin des Remblinghauser Karnevals. Redaktionskonferenz heißt: Kollegen sitzen in der Redaktion oder im Homeoffice. Beim Kollegen im Homeoffice mischte sich prompt ungefragt die Sprachassistentin ein. Alexa, der Cloud-basierte Sprachservice von Amazon, hatte wohl seinen Namen gehört. Zum Thema konnte er allerdings nichts Nennenswertes beitragen. „Das weiß ich leider nicht“, war der kurze Kommentar.

Giftköder: Hundehalter werden gewarnt

Berge. Eine Meschederin warnt via Facebook vor Giftködern in Berge. Ein Hund soll das Gift gefressen haben und daraufhin eingeschlafert worden sein. Der Beitrag wurde zahlreiche Male geteilt, Hundebesitzer reagieren wütend und erkundigen sich, wo genau in Berge die Giftköder liegen sollen. „In Mittelberge“, heißt es dort weiter. Auf Anfrage unserer Redaktion bei der Polizei in Meschede, ob bereits Anzeige erstattet wurde, sagt Pressesprecher Sebastian Held: „Eine Strafanzeige aus den letzten Tagen liegt in dieser Sache nicht vor.“ Auch eine Anzeige wegen Tierquälerei sei bei der Mescheder Polizei nicht eingegangen. Mit Gift präparierte Fleischbrocken bzw. mit Stecknadeln, Nägeln oder Rasierklingen gespickte Würstchen werden leider immer wieder ausgelegt. Ohne Hinweise auf mögliche Verdächtige ist es schwierig, den Tätern auf die Spur zu kommen. *lano*

„Sonntags wird von Bürokratieabbau geschwafelt“

Landrat über „kleine Paschas“, Regulierungswahn, zu viele neue Aufgaben und seine eigene Zukunft

Jürgen Kortmann

Meschede/Hochsauerlandkreis. 50 neue Stellen muss allein der Hochsauerlandkreis einrichten, um inzwischen alle geforderten Aufgaben erfüllen zu können. Der Regulierungswahn hat zugenommen, sagt der Landrat des Hochsauerlandkreises, Dr. Karl Schneider. Im Interview spricht der 70-Jährige über Bürokratie, Personalprobleme, das Mehrweg-Geschirr – und über seine Zukunft.

CDU-Chef Friedrich Merz hat mit seinem Spruch über „kleine Paschas“ für Aufregung in der Innenpolitik gesorgt. Können Sie die Aufregung nachvollziehen?

Nein, offenbar darf man in diesem Land nicht mehr Klartext sprechen. Ich dränge auch zu klaren Aussagen! Wir müssen die Probleme von Integration und Migration offen ansprechen dürfen. Es stimmt doch hinten und vorne nicht, wenn man den Menschen hier vormacht, alles würde gelingen und alles sei nur schön!

Wo würden Sie sich denn mehr Klartext wünschen?

Wir wissen über die Probleme in den Schulen, die bereits mit den Aufgaben der Integration und Inklusion an ihre Grenzen stoßen. Hinzu kommt die Erziehungsarbeit, die leider in vielen Familien nicht mehr geleistet wird. Das benötigte Lehrpersonal steht dafür aber gar nicht zur Verfügung. In den nächsten Jahren kommen immer weniger Lehrer aus dem Studium in die Schulen. Aber wir lasten den Schulen immer mehr auf. Oder die Kinderbetreuung: Bis 2026 soll der Anspruch auf Ganztagsbetreuung in NRW gelten, mit einer Übergangsfrist bis 2029. Das sind schöne Gesetze, die man macht – aber die haben mit der Realität nichts zu tun! Hier in den Kommunen und beim Kreis kommen die Probleme sehr konkret an. Wir müssen aufpassen, dass unsere Systeme nicht überfordert werden: Es gibt immer mehr politische Forderungen, was noch alles gemacht werden sollte – was aber gar nicht mehr zu erfüllen ist.

Von wem kommen denn diese Forderungen?



Es werden immer mehr Aufgaben, die Kommunen und der Kreis erfüllen müssen: Der HSK muss deshalb allein 50 neue Stellen einrichten. Landrat Dr. Karl Schneider warnt vor einer Überforderung: „Hört auf, immer neue Gesetze zu machen und dadurch immer neue Ansprüche zu schaffen!“

JÜRGEN KORTMANN / ARCHIV

Bund, Land und Europa wollen immer mehr regeln und immer mehr in die Details gehen. Sie sehen gar nicht, dass das hier unten zum Beispiel beim Hochsauerlandkreis kaum zu leisten ist. In den letzten Jahren haben wir schon unser Personal aufgestockt, aber wir kommen personell gar nicht mehr hinterher, um alles umzusetzen. Unser Stellenplan sieht allein 50 neue Stellen vor. Dabei haben wir schon große Probleme, um etwa IT-Leute und Ingenieure zu finden. Das sind riesige Probleme. Wir wissen auch, dass viele erfahrene Sachbearbeiter und auch Führungskräfte bald in den Ruhestand gehen. Die Bewerbungslage für Stellen ist mehr als lau. Zuletzt gab es für eine führende Stelle keine Bewerbung von außerhalb, selbst beauftragte Headhunter haben niemanden gefunden. Da muss man sich doch fragen: Wie bekom-

men wir das alles noch gewuppt?

Und wie reagieren Sie?

Wir haben so viele Auszubildende in diesem System: 137 bei etwa 1400 Beschäftigten, das ist ein Anteil von fast zehn Prozent. So viele hatten wir noch nie! Wir sorgen also früh genug vor. Aber das reicht trotzdem nicht: Wir haben 60 Stellen nicht besetzt. Wir haben eine Personalbewegung, die wir im kommunalen Bereich so noch nie hatten. Und gleichzeitig kommen dann jede Menge an Aufgaben obendrauf – so müssen wir zum Beispiel gerade durch die Gegend fahren, um zu kontrollieren, ob auch überall Mehrweg-Geschirr angeboten wird: Das ist auch die wichtigste Aufgabe in dieser Republik! (lacht)

Das klingt wie ein Hilferuf...

Das ist auch ein Hilferuf: Hört auf,

immer neue Gesetze zu machen und dadurch immer neue Ansprüche zu schaffen! So eine Sache wie das Mehrweg-Geschirr kommt als Aufgabe mal eben dazu. Es sind aber so viele dieser kleinen Dinge hier unten vor Ort: Das müsst ihr kontrollieren, dafür müsst ihr ein Konzept machen, hier müsst ihr dies und das vorhalten. Jedes ist für sich, einzeln genommen, gar nicht so schlimm. Aber in der Fülle erschlägt es einen! Wir haben inzwischen eine sich gegenseitig behindernde Gesetzgebung: Wir wollen die Windkraft, wollen aber gleichzeitig zu hohe Standards beim Artenschutz. Wir versuchen, ständig einen Perfektionismus hinzubekommen. So kommt man immer mehr zu Detailregelungen, die alle hier unten vollstreckt werden müssen. EU, Bund und Land sind dabei nur die Gesetzgebungsmaschinen.

Hier vor Ort müssen der Kreis und die Städte und Gemeinden dann alles umsetzen.

Ist Ihnen nicht eigentlich das Gegenteil versprochen worden – weniger Bürokratie?

Ja. Sonntags wird von Bürokratieabbau geschwafelt, aber montags bis samstags werden neue Gesetze gemacht. In jedem Wahlkampf ist vom Bürokratieabbau die Rede. Aber das Gegenteil ist der Fall: Es verschärft sich noch. Viele Unternehmer haben bereits resigniert, so mein Eindruck aus vielen Gesprächen. Wir hatten schon mehrere Initiativen hier im Haus mit den Abgeordneten. Aber ist irgendetwas geschehen? Ich wüsste nicht. Leider sind im Politikbetrieb auch immer weniger Leute, die einen praktischen Beruf erlernt haben und Erfahrungen einbringen könnten. Ihr Leben ist stattdessen: Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal. Ihre Berufslaufbahn setzt sich häufig aus Tätigkeiten für Abgeordnete oder für Stiftungen zusammen. In dieser Republik fehlt die Sichtweise auf das Praktische. In Firmen wird nicht geredet, sondern gemacht. In der Politik dagegen wird geredet, aber eben Vieles nicht gemacht.

Klingt da Verbitterung durch?

Nein, ich kann die Leute ja auch nicht erziehen. Ich kann nur schauen, was wir für unseren Kreis am besten machen. Resignation? Nein, dann wäre ich nicht Karl Schneider! Wir lagen 2005, als ich das Amt antrat, bei 55 Millionen Euro Schulden. Seitdem gab es keine Neuverschuldung mehr, wir haben permanent Schulden abgebaut, sodass wir Ende 2021 nur noch 16 Millionen Euro Verpflichtungen zu finanzieren hatten. Ich bin überzeugt, wenn es keine Finanzkrise, kein Corona, keinen Krieg gegeben hätte, wären wir auf null. Auf der anderen Seite haben wir riesig investiert, in unsere Schulen, in die Straßen: Wir haben immer gesagt, wir lassen unsere Infrastruktur nicht verfallen.

Macht Karl Schneider denn weiter?

Bis zum Ende der Wahlzeit auf jeden Fall. Bei der nächsten Kommunalwahl 2025 trete ich nicht mehr erneut an. Dann ist Zeit, um jüngeren Platz zu machen.

Trotz Videoaufnahmen: Keine Spur zu Autodieben im Gewerbegebiet Enste

Jeep Cherokee und Dodge Durango offenbar per manipuliertem Funk-Schlüssel-System gestartet. Gestohlene Autos häufig in Polen, Litauen und der Türkei

Jürgen Kortmann

Meschede. Nach dem Diebstahl von zwei gestohlenen Luxusautos im Gewerbegebiet Enste bei Meschede steht für die Polizei die Vorgehensweise der Täter fest.

Der Diebstahl hatte sich am Donnerstag, 15. Dezember, am Autocenter am Schneidweg ereignet. Die Täter stahlen einen Jeep Cherokee und einen Dodge Durango, beide schwarz. Sie fuhren einfach vom Gelände. Der Schaden liegt im hohen fünfstelligen Bereich. Wie Polizeisprecher Volker Stracke auf Anfrage bestätigt, steht inzwischen sicher fest, wie die Täter dabei vorgegangen: Beide Fahrzeuge haben das

komfortable Keyless-Go-System, funktionieren also ohne Schlüssel. Allerdings: Dieses System ist von



Mit solchen Programmiergeräten können Keyless-go-Systeme an teuren Autos geknackt werden. Auch beim Autodiebstahl in Meschede wurden diese Schließsysteme überwunden. KARSTEN ZIMMER

Dieben wiederum leicht zu überwinden – sie müssen nur mit zwei Geräten die Reichweiten von Signa-

len künstlich als Funkstreckenverlängerer verlängern, eines in der Nähe des Schlüssels, eines am Fahrzeug.

Die Polizei hat sogar Videoaufnahmen der Täter auf dem Gelände: Allerdings zeigen sie nur zwei dunkel gekleidete, maskierte Männer, die zwischen 1.23 und 1.50 Uhr gefilmt wurden – für konkrete Hinweise aber reicht das nicht.

Auch eine mögliche Ortung der beiden Autos hat nichts ergeben: Die Erfahrung der Polizei zeigt, dass die GPS-Systeme von den Dieben deaktiviert oder ausgebaut werden. Um die Ortung der Fahrzeuge zu verhindern, werden laut Bundeskriminalamt die SIM-Karten in den

neuwertigen Fahrzeugen durch die Täter ausgebaut oder mit Hilfe so genannter Jammer blockiert – das sind Störsender, der durch elektromagnetische Wellen das GPS-Signal vollständig blockieren kann. Ohne Schlüssel, wenn der Motor einmal läuft, kann ein gestohlenes Auto so lange fahren, wie Sprit vorhanden ist. Wird dann bei laufendem Motor getankt, verlängert sich die Strecke entsprechend.

Das Bundeskriminalamt hat (allerdings aus der Zeit vor dem Ukraine-Krieg) Erkenntnisse, wo gestohlene Autos aus Deutschland zu vermuten sind: Vor allem Polen und Litauen gelten als Ziele, um von dort aus weiter in Richtung Ukraine,

Russland und Zentralasien gebracht zu werden. Auf Fahrzeugcontainern oder Lkw-Transportern werden sie zum Beispiel nach Tadschikistan und Usbekistan gebracht.

Auch Autokuriere bringen die Fahrzeuge selbst in die Zielregionen. Die Türkei wiederum ist die wichtigste Transitregion für in Deutschland gestohlene Fahrzeuge, die für den Nahen und Mittleren Osten bestimmt sind – entweder über Landwege in Richtung Irak und Syrien oder vom türkischen Hafen Mersin aus. Ein großer Absatzmarkt für hochwertige gestohlene Autos aus Deutschland sind die Vereinigten Arabischen Emirate.